

in einer Situation ist, in der er keine Antwort zu geben vermag, und dann — die ganze Wahrheit.“ Als er, Solschenizyn, seinerzeit verleumdet und beleidigt wurde, „wurden wir alle an Ihrer Stelle beleidigt“. „Heute aber beleidigen Sie selbst einen wehrlosen Patriarchen und uns, nicht indem Sie ihn verleumdten, sondern indem Sie geschickt nur die halbe Wahrheit sagen, die für viele schädlicher sein könne als eine Lüge.“

Želudkov wendet sich auch gegen die dem Patriarchen und der Hierarchie vorgeworfene Opferscheu. Zum Opfer und zum Martyrium dürfe man in der Kirche Christi niemanden zwingen. Es „gibt genug freiwillige Märtyrer bei uns, Geistliche und Laien“. Želudkov nennt als Beispiel die beiden Männer *B. Talantov* und *A. Levitin*. Talantov hatte im Juni 1966 in einem Brief an den Patriarchen die Methoden der Kirchenschließungen angeprangert. Er war verhaftet worden und ist im Januar 1971 im Straflager gestorben. A. Levitin war Gründungsmitglied der „Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“ und befindet sich heute im Gefängnis. Doch keinen von beiden habe Solschenizyn erwähnt (vgl. auch HK, August 1971, 375).

Der Verfasser sieht die Aufgabe des Christen darin, daß jeder an seinem Platz und gemäß seinen Möglichkeiten arbeite. Aufs Ganze gesehen, müsse man „in vernünftiger Weise die Realitäten anerkennen“; „die Hierarchie der russischen Kirche kann im gegebenen System auf dieses selbst nicht den geringsten Einfluß ausüben“. Es sei leicht und ungefährlich, die Hierarchen zu schelten, „sehr schwer aber ist die echte Arbeit des Herrn“. Želudkov sieht das Schicksal der russisch-orthodoxen Kirche mit dem Schicksal des Volkes verknüpft. „Wenn es [für dieses] eine Zukunft gibt, dann gibt es auch ohne Zweifel eine Wiedergeburt des russischen Christentums.“

### Kritik auch im Westen

Auch im Westen ist Kritik am Brief Solschenizyns geübt worden. Exemplarisch seien hier zwei Stimmen erwähnt (vgl. R. Hotz, Fragen zu A. Solschenizyns „Fastenbrief“ an Patriarch Pimen, Orientierung, 15. 6. 72) und eine Glosse in der ökumenischen Zeitschrift „Una Sancta“ (Januar/

Juni 1972, 7—8). Im Grunde laufen ihre Gegenargumente auf die gleichen Punkte hinaus, die Želudkov Solschenizyn vorwirft: dieser wolle die sowjetische Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen, er überschätze die Möglichkeiten eines offenen Protestes der Kirchenführung und vor allem dessen Nutzen.

Die Geschichte habe gezeigt, daß offener Protest wirkungslos bleibt, ja, daß er die Lage nur noch verschlimmere. So sei zwar Patriarch Aleksij nach einem solchen Protest 1960 persönlich unbehelligt geblieben, dafür aber wurden Hunderte von Kirchen geschlossen. Er verlor seinen besten „Kirchendiplomaten, den Metropoliten Nikolaj von Kruticy“; der der Kirche „durchaus gewogene Leiter des Amtes für kirchliche Angelegenheiten“ wurde abberufen. Ebenso erfolglos seien die Proteste früherer Patriarchen gewesen. Das gleiche gelte von den Bischöfen. Die Gegenmaßnahmen trafen dafür ihre Diözesen und Gemeinden nur um so härter (Hotz, a. a. O.).

Solschenizyns Kritik, so lautete ein anderer Einwand (vgl. Una Sancta, a. a. O.), komme acht Jahre zu spät. Als unter Chruschtschow rund 10 000 Kirchen geschlossen wurden, habe er sich nicht gerührt. Wenn ihm freilich falsche Zahlenangaben vorgeworfen werden, z. B. über geschlossene oder zerstörte Kirchen, so überbewertet man diese, da sie bei ihm eher als Symbol— denn als Wirklichkeitsausgabe gemeint waren. Auch der Verdacht, sein Brief sei aus persönlichem

Ärger über private Angelegenheiten geschrieben worden, tauchte gelegentlich auf.

### Der Kirche bleibt kein Ausweg

Die Briefe Solschenizyns und Želudkovs zeigen zwei gegensätzliche Standpunkte zur Frage, wie die Kirchenführung und die Bischöfe sich gegenüber den staatlichen Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen verhalten sollen. Solschenizyn gehört mit vielen anderen, z. B. den Reformbaptisten (vgl. HK, August 1970, 370 bis 374), zu jenen, welche den Widerstand gegen die verfassungswidrigen Eingriffe des Staates in das kirchliche Leben bis zur persönlichen Gefährdung für den richtigen Weg halten. Sie können für ihre kompromißlose Haltung nur bewundert werden. Želudkov zählt zu jenen, die meinen, sich an die Realitäten halten zu müssen, und die ihre Meinung mit guten Argumenten zu begründen vermögen. Die ganz infame Unterdrückungstaktik zwingt freilich die Kirchenleitung um des Überlebens der Kirche willen, sich für staats- und kirchenpolitische Zwecke mißbrauchen zu lassen und sich so der Gefahr auszusetzen, daß sie bei den Gläubigen in Mißkredit gerät, deren Vertrauen verliert und sich dem Volk entfremdet. Um der Kirche einen minimalen Lebensraum zu sichern, müssen die Kirchenführung und die Bischöfe, wenigstens in einem gewissen Umfang, nach außen hin zu Opportunisten werden.

## Kirchliche Auseinandersetzungen nach dem Massenmord in Burundi

Für Außenstehende scheint die „Episode“ des Völkermordes in Burundi (vgl. HK, Juli 1972, 325—327) vorbei zu sein. Aber bisher hat weder die Verfolgung der Bahutus durch die Watussi aufgehört, noch ist die Diskussion über Schuld und Ursachen des grausamen Massakers beendet. Innerhalb der katholischen Kirche Burundis ist es darüber sogar zu Auseinandersetzungen gekommen, die teilweise unüberbrückbare Gegensätze offenlegten und die gesamte künftige Pastoral in Frage stellen.

Nach wenigen Einzeläußerungen der Bischöfe des Landes und nach einem sehr umstrittenen — ausweichenden —

gemeinsamen Hirtenbrief vom 24. Mai, der am 1. Juni in allen Kirchen verlesen wurde, sahen sich die Oberen von sieben verschiedenen im Lande tätigen Missionsorden genötigt, ihre Ansichten zu den Vorgängen und zum zurückhaltenden Verhalten der Bischöfe darzulegen. In einer *vertraulichen Note* an die Bischöfe, die am Abend des 24. Mai unmittelbar nach Bekanntwerden des Hirtenbriefes abgefaßt wurde, trugen sie ihre Bedenken vor. Die Vertraulichkeit des Schreibens wurde aber sofort vom Bischof von Bujumbura, *M. Ntuyahaga*, gebrochen. Nach übereinstimmenden Aussagen

übergab er es, noch bevor es die anderen Bischöfe erhalten hatten, der Polizei. Bereits vorher und auch noch später machte dieser Watussi-Bischof unrühmlich von sich reden. Der Brief der Ordensoberen wurde in Europa durch die belgische Presse verbreitet. Erst später (27. 6. 72) veröffentlichte ihn auch die katholische afrikanische Nachrichtenagentur DIA.

### Vorwürfe der Ordensoberen

Die „Note“ der Ordensoberen ist in vier Abschnitte unterteilt. Im ersten Teil, der sich mit der „Rebellion“, d. h. dem Umsturzversuch einer Bahutu-Gruppe vom 29. April, beschäftigt, verurteilen sie die von den Rebellen begangenen Grausamkeiten im Süden des Landes. Es sei erfreulich, daß sich die Mehrheit der Christen beider ethnischer Gruppen diesem Aufstand widersetzt habe und daß es der Armee gelungen sei, innerhalb einer Woche die Rebellion niederzuschlagen.

Zur „Repression“, d. h. der systematischen Jagd auf die Bahutus nach dem Scheitern des Umsturzversuches, schreiben die Ordensoberen, sie verstünden durchaus, daß die staatlichen Autoritäten die unmittelbar am Komplott Beteiligten zur Rechenschaft ziehen wollten. Als Christen müßten sie jedoch folgendes verurteilen: die Erschießung von Tausenden ohne jedes Urteil und außerhalb der Kämpfe, die Exekution von Priestern, Schwestern und Laien ohne gültige Urteile, die unvorstellbaren Folterungen an Gefangenen (die nicht hinter den Methoden der Nazis oder kommunistischer Lager zurückstünden), das Massaker von Flüchtlingen in einzelnen Missionen und die Exekution von Verletzten in den Hospitälern, den Geist der Rache und des Hasses bei gewissen Agenten der Repression (Parteijugend und lokale Autoritäten), die massenhafte Inhaftierung von Schülern der Sekundarschulen (die fast automatisch einem Todesurteil gleichkomme), die systematische Plünderung, die vorsätzliche Anstachelung von Unruhen (in den Schulen der Städte und im Hügelland), um anschließend einen Vorwand für ein neues Massaker zu haben, die Menschenjagden, bei denen Menschen wie Vieh getrieben werden unter Mißachtung der elementarsten humanitären Grundsätze.

Im dritten Teil des Schreibens werden *Perspektiven* zukünftiger Arbeit herausgestellt. Die Beendigung der *rassistischen Diskriminierung* steht an erster Stelle. Die Kirche darf nach Meinung der Oberen nicht fortfahren, einer solchen Diskriminierung in den Schulen und bei verschiedenen anderen Funktionen zuzustimmen. Sie muß jede Form des Rassismus offiziell verurteilen, und zwar „nicht nur in Worten, sondern mit Taten“. „Die Missionsinstitute werden nicht in einer Kirche arbeiten, die den Eindruck erweckt, rassistische Maßnahmen zu billigen (wie z. B. irgendeine ethnische Gruppe von den Schulen oder vom sozialen Aufstieg fernzuhalten).“

Die Ordensoberen werden noch deutlicher: Von gewissen führenden Persönlichkeiten, die sich teilweise nicht einmal genierten, dies offen auszusprechen, wisse man, daß sie die gesamte Bahutu-Elite liquidieren und unter irgendeinem Vorwand möglichst kurzen Prozeß mit der Masse der Bahutus machen wollten. Die Bahutus aber würden es „der Hierarchie niemals verzeihen, daß sie ihre Elite niedermetzeln ließ, ohne ein Wort zu sagen“.

Einige Missionare, so heißt es in dem Schreiben weiter, müßten damit rechnen, des Landes verwiesen zu werden, weil sie auf die Grausamkeiten der Repression entsprechend reagiert haben. Andere werden — wie es im Brief heißt — gehen, „weil sie am Ende ihrer nervlichen Belastung stehen. Dies alles wird schwere Probleme für das Apostolat mit sich bringen“.

### Hierarchie zur Gewissenserforschung gemahnt

Ein Überdenken der gesamten *Pastoral* erscheint den Ordensoberen angesichts der Ereignisse unumgänglich. Ohne Einheit gebe es auch keine Kirche des „Volkes Gottes“: „Es ist eine schändliche Heuchelei, die Eucharistie in einer Gemeinschaft zu feiern, in der Haß und ein Klima der Ungerechtigkeit herrschen. Die Kirche muß sich durch eine neue Evangelisation von Grund auf wieder in den Stand des Katechumenats, der Konversion versetzen.“ Schwerpunkt zukünftiger Arbeit müsse die Bildung von „wirklich christlichen“ Basisgemeinschaften sein, in denen als absolute Bedingung für die Zugehörig-

keit zur Kirche Liebe und Verzeihen akzeptiert würden.

Endlich sei eine Pastoral für die *intellektuelle Elite* in Angriff zu nehmen, da man davon ausgehen müsse, daß die Grausamkeiten von einer christlichen Elite ausgeübt wurden und daß „ein solcher ‚guter Christ‘ nicht zögert zu sagen: ‚Wenn es uns gefällt, eine ethnische Gruppe zu eliminieren, so ist das unsere Sache!‘“ Es habe in der Vergangenheit an einer ausreichenden Unterweisung gefehlt, die den Führungskräften das christliche Fundament für ihre politische Verantwortung bietet. Es sei äußerst bedenklich, daß lediglich von seiten der Watussi-Bevölkerung, nicht aber von deren Elite, Reaktionen auf das Morden der Bahutus zu verspüren waren.

Die Ordensoberen beklagen eine Entzweiung zwischen einheimischem und ausländischem Klerus, sie erkennen aber an, daß — nach einer Zeit der Kopflosigkeit — erfreuliche christliche Verhaltensweisen bei vielen Watussi-Priestern festzustellen seien.

Die von der „Repression“ hervorgerufene Welle des Hasses, die das ganze Land erfaßte, stellt insgesamt der Pastoral große Aufgaben. Selbst im Hügelland, wo es bisher kaum Rassenhaß gab, sei das Klima vergiftet. Das Jahr des Glaubens, das die Bischöfe proklamiert haben, muß nach Meinung der Missionare jetzt in erster Linie ein Jahr der Nächstenliebe und des Verzeihens werden. Es dürfe kein Jahr der Feier, sondern müsse ein Jahr der Buße sein.

Abschließend heißt es in der Note, mit den „Augen des Glaubens“ sei auch der Sinn dieser „harten Prüfung für die Kirche Burundis“ zu verstehen. Aus einer „triumphalistischen“ Kirche wurde eine leidende. Aus einer „Kirche der Masse, die fast blind anderen folgt, in der zwar Sakramente gespendet werden, die aber nicht genügend durch die Verkündigung fundiert ist, wird vielleicht eine Kirche von kleinen Gemeinschaften der Barmherzigkeit“. Während sie augenblicklich einflußreich ist, wird die Kirche dann vielleicht ärmer an menschlichen Möglichkeiten sein. Während sie heute „klerikalisiert“ ist, wird sie in Zukunft ihre Verantwortlichkeiten auf das ganze „Volk Gottes“ verteilen müssen. Auf diese Weise hätten die Ereignisse vielleicht dazu beigetragen, daß man in der Kirche Burundis

wieder besser zwischen „dem Notwendigen und dem Nebensächlichen“ unterscheidet. In einem Nachsatz heißt es, dieser Brief sei nicht als Kritik an die Adresse dieses oder jenes Bischofs gedacht, sondern als Stellungnahme „im Namen der zahlreichen apóstolischen Arbeiter der Kirche Burundis, die wir repräsentieren“.

### Die Bischöfe widersprechen

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bischofskonferenz antwortete Erzbischof *A. Makarakiza* von Kitega am 7. Juni auf die vertrauliche Note (vgl. DIA, 17. 6. 72).

Gleich zu Beginn wirft der Bischof den Autoren der Note vor, sich vorher nicht die Zeit genommen zu haben, den Episkopat und die Priester zu kontaktieren. Nur Klarheit und Objektivität könnten helfen, die angewachsenen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Faszination der Klischees „Rebellion“ und „Repression“ rücke die Problematik und gesamte „traurige Realität“ in ein falsches Licht. Man habe es mit einem Problem zu tun, das weit über die Grenzen Burundis hinweg aktuell sei. Seit mehreren Jahren sei überall eine Entwicklung hin zu einer Befürwortung der Gewaltanwendung zu verspüren. Extremisten hätten sich dafür ausgesprochen. „Die ständige Zuflucht zur ethnischen Rechtfertigung bei jeglichem Vorgang im öffentlichen und privaten Leben hat irrationale und maßlose Verhaltensweisen begünstigt, die — sei es durch Ressentiment, sei es durch Angst — bis zu dem Punkt genährt wurden, daß selbst das Recht auf die Nationalität oder gar auf das Leben der einen Gruppe durch die andere verweigert wurde.“

Dann versucht der Bischof, die Vorwürfe der Ordensoberen zu widerlegen. Seiner Meinung nach haben die Bischöfe nicht geschwiegen. Bereits 1959, 1961, 1965, 1969 und 1971 hätten sie in Hirtenbriefen geeignete Vorschläge für „einen fortschrittlichen und soliden Aufbau Burundis“ gemacht. Auch bei den jüngsten Ereignissen hätten sie sich wiederholt zu Wort gemeldet. „Es ist vorauszu- sehen, daß der Episkopat diese Aufgabe weiter verfolgt in verschiedenen Etappen und sich speziell an unsere unmittelbaren Mitarbeiter und an die

intellektuelle Elite des Landes wenden wird“.

Entsprechend ihren Möglichkeiten hätten sich die Bischöfe durchwegs bemüht, in den Schulen und bei der Alphabetisierung die notwendigen Voraussetzungen für einen echten Frieden zu bieten. Die Hoffnung, daß diese Arbeit Früchte im Hinblick auf die Probleme des Landes tragen werde — wie dies in anderen Ländern der Fall sei —, hat sich aber leider nicht erfüllt.

Sehr verärgert zeigte sich Erzbischof Makarakiza darüber, daß die Autoren angeblich alle diese Bemühungen und Stellungnahmen ignorieren und nur Triumphalismus und Schweigen herausstellen. Er spricht ihnen deshalb Objektivität und intellektuelle Redlichkeit ab. Aus den öffentlichen Erklärungen der Bischöfe gehe klar hervor, daß sie ohne Zweideutigkeit gegen das Töten der Watussi und Bahutus vorgegangen seien. Auch bei den Behörden seien sie vorstellig geworden, um den Grad der Schuld der inhaftierten Priester und Ordensleute zu erfahren und um die seelsorgliche Betreuung der Betroffenen zu garantieren. Die Kirche sei aber keineswegs so einflußreich, wie die Ordensoberen anscheinend glaubten.

Unter Berücksichtigung dieser Schritte sei die Behauptung haltlos, die Bahutus würden den Bischöfen das Schweigen nie verzeihen: „Die unheilvollen Konsequenzen eines so verleumderrischen Slogans könnten Ihrem sonst so kritischen Geist bestimmt nicht verborgen sein!“ Auch andere dopsinnige Sätze könnten im Grunde nur zu einer Vertiefung des Grabens führen, selbst wenn sie unter dem Einfluß der Emotion geschrieben wurden. Des weiteren wendet sich der Bischof gegen die Behauptungen, zwischen den Missionaren und dem einheimischen Klerus sowie zwischen den Watussi-Priestern und dem übrigen Klerus gebe es Differenzen.

Im gegenwärtigen Klima des Nichtverstehens und der Ungeklärtheit so vieler Hintergründe ist es nach Ansicht des Bischofs „zweideutig“, den Abzug von Missionaren und den Verzicht auf die Eucharistie in Erwägung zu ziehen. Dringend rät er von dem Schritt ab, „bei den ersten Schwierigkeiten mit dem Rückzug zu drohen“. Nach nüchterner Prüfung der Vorgänge sei es Zeit, in einer Atmosphäre des Dialogs und

der Zusammenarbeit die Wege zukünftiger Arbeit festzulegen.

### Wer hat recht?

Wer hat nun recht? Dies läßt sich im Augenblick nur bedingt feststellen. Viel scheint an der Interpretation und Mentalität zu liegen. Trotz der von Erzbischof Makarakiza angeführten Liste bisheriger Stellungnahmen der Bischöfe zur Rassenproblematik steht fest, daß sie niemals in solcher Klarheit — wie es die Ordensoberen in ihrem Katalog getan haben — gegen einzelne Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten protestiert haben. Nach übereinstimmenden Meldungen hat dagegen der Watussi-Bischof *Ntuyahaga* alles versucht, um die Ausweisung der Unterzeichner der vertraulichen Note durch die staatlichen Stellen zu erreichen. Dies soll nur durch die Intervention des Generalvikars von Bururi zumindest für einige Zeit aufgeschoben worden sein. Seitens der beiden Bahutu-Bischöfe, *St. Kaburungu* und *N. Bibonda*, gab es ebenso wie von dem belgischen Bischof *J. Martin* keinerlei eigene Erklärung zu den Vorgängen im Lande. Lediglich die beiden schon erwähnten Watussi-Bischöfe (*Makarakiza* und *Ntuyahaga*) äußerten sich öffentlich. Der Hirtenbrief vom 24. Mai war zwar von allen Bischöfen unterschrieben, stammte jedoch von Makarakiza und war den anderen auf dem Korrespondenzwege zugänglich gemacht worden. Sämtliche Äußerungen lassen nach eingehender Überprüfung eine einseitige Darstellung der Ereignisse im Sinne der Regierung und der Watussi erkennen. Eindeutige Aussagen für die Rechte der Bahutus fehlen. Nicht zu bestreiten ist, daß die Bischöfe die offizielle Sprachregelung übernommen haben, nach der es im Lande gar keine Rassenfrage gebe, da alle Bewohner Burundis sich als Barundi fühlten.

Es liegen auch Meldungen vor, aus denen eine totale Einwilligung in die „Gerechtigkeits“-Anschauungen der Regierung erkennbar ist. Oft kamen die Reaktionen zu spät. So sah sich der Rektor der Staatlichen Universität von Bujumbura, *G. Barakana* SJ, erst nach massivem Druck seitens des Dekans der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, des Schweizer Konsuls *J. R. Bonvin*, zu einem Appell an die Jugend veranlaßt. Dieser Aufruf hatte im Ausland zwar ein sehr positives Echo. Die wenigsten wissen

allerdings, daß er erst nach Tötung aller Bahutu-Studenten der Universität erfolgte . . .

Besonders betroffen von den Ereignissen sind die Weißen Väter, die den Hauptteil der 317 Missionare des Landes (neben 148 einheimischen Priestern) stellen. Viele von ihnen waren erst vor einem Jahr aus Moçambique abgezogen (vgl. HK, Juli 1971, 312 ff.). Nun sehen sie sich in Burundi einer in vielen Punkten ähnlichen Situation gegenüber. Momentan hält sich im Auftrag des General-

oberen ein Mitglied der Ordensleitung zu einer mehrwöchigen Konsultation in Burundi auf.

### Den Hilfsorganisationen sind die Hände gebunden

Den im Lande tätigen Hilfsorganisationen sind größtenteils die Hände gebunden. Der amerikanische „Catholic Relief Service“ geriet gleich zu Beginn der Feindseligkeiten in das Schußfeuer der Regierung, da er angeblich nur deshalb so schnell Hilfe

leisten konnte, weil er mit den Auführern und dem „US-Imperialismus“ unter einer Decke steckte. Die Caritas hat eine erste größere Summe zur Verfügung gestellt, doch ist eine Übersicht über die Notlage und die Verwendung der Mittel auch nach dem Besuch eines päpstlichen Delegierten noch unmöglich. Nach dem Berichte eines Augenzeugen rangierte die Reparatur von 12 Kirchendächern weit oben auf der Prioritätenliste, die den Hilfsorganisationen von den Bischöfen übergeben wurde.

## Gestalten im Zeitgeschehen

### Pragmatiker ohne theologisches Charisma

#### Die Ära Blake im Ökumenischen Rat der Kirchen

In Utrecht wird der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates (13. bis 23. 8. 72) einen neuen Generalsekretär wählen. Eugen C. Blake legt sein Amt nieder, das er seit dem 1. Dezember 1966 als Nachfolger des ökumenischen Pioniers W. Visser 't Hooft geführt hat. Schon bei seiner Wahl stand fest, daß der damals 59jährige wegen Erreichung der Altersgrenze nur sechs Jahre amtieren werde. Was kennzeichnet seine für die Ökumenische Bewegung ereignisreiche Amtszeit? Die Frage soll nicht mit einer abschließenden Bewertung beantwortet werden. Dafür ist es noch zu früh. Es sei ein Überblick versucht, welchen Stempel Blake dem ÖRK aufgeprägt hat. Dazu muß die Ausgangslage skizziert werden, die er 1966 vorfand. Er war kein unbeschriebenes Blatt in der ökumenischen Entwicklung. Der Gründungssekretär Visser 't Hooft setzte ihm freilich hohe Maßstäbe, zumal da er vor dem Ausscheiden ein Dokument vorlegte, das den künftigen „ökumenischen Weg“ fixieren sollte. Wenn es auch in der Grundsatzdebatte des Zentralausschusses in Genf abgelehnt wurde, so blieben seine Gedanken präsent, zumal da Visser 't Hooft zum Berater Blakes bestellt wurde (HK, März 1966, 142 f.).

#### Ursprünglich nicht vorgesehen

Blake kannte den inneren Betrieb im ÖRK, denn er war Leiter der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe. Er gewann in dieser Tätigkeit auch Weit- und Weltblick. Doch die Arbeit wurde ihm nicht leicht gemacht. Denn ursprünglich hatte der Zentralausschuß im Januar 1965 in Enugu eine andere Wahl vorgesehen in der Person des Anglikaners Patrik C. Rodger, damals Exekutivsekretär von „Faith and Order“. Das geschah mit der Überlegung, einen konstitutiven Mangel des ÖRK allmählich zu beheben, nämlich seine „westliche“ und „protestantische“ Schlagseite. Dies war um so notwendiger, als 1961 dank der Bemühungen von Visser 't Hooft — und des damaligen Präsidenten der United Presbyterian Church, E. C. Blake, der seit 1956 mehrfach das Moskauer Patriarchat besucht hatte, die Russisch-Orthodoxe Kirche mit anderen Ost-

kirchen aus kommunistischen Ländern dem Weltrat beigetreten waren. Dabei stellten sie die Bedingung, das dogmatisch-ekklesiologische Anliegen von „Faith and Order“ sollte mehr als bisher gefördert werden. Die geplante Wahl von Rodger wäre ein erster Schritt zu einer geographischen wie konfessionellen Akzentverschiebung gewesen. In den letzten Jahren wurde eine weitere Wendung nach Asien überlegt. Darüber wird man in Utrecht entscheiden, wo zwei Kandidaten zur Wahl stehen, der Inder M. M. Thomas (syromalabarischer Orthodoxer), z. Z. Vorsitzender des Zentralausschusses, und der farbige Methodist Ph. Potter aus Jamaika, lange Zeit Leiter des Jugendreferates des ÖRK und jetzt der Abteilung für Evangelisation und Weltmission, wie M. M. Thomas ein entschiedener Gegner der vorherrschenden „westlichen Denkkategorien“ im Weltrat.

Mit Rücksicht auf das noch nicht abgeschlossene Vatikanische Konzil wurde 1965 die Wahl Rodgers vertagt. Als der Zentralausschuß im Februar 1966 wieder in Genf tagte, fürchteten dann viele Delegierte, mit Rodger werde die „katholische“ Richtung im ÖRK zum Zuge kommen und das Gespräch mit Rom ohne ausreichende protestantische Vorbehalte führen. So entschied man sich abermals für einen Vertreter der „westlich-protestantischen“ Tradition. Die Kirchen der USA, die bislang den ÖRK hauptsächlich finanziert hatten, wollten endlich ihren Mann an der Spitze sehen. Er hatte auch ein ökumenisches Image. Auf ihn ging der 1960 entworfene Plan zurück, in der „Consultation on Church Union“ (COCU) aus sieben Denominationen mit rd. 24 Millionen Gläubigen eine Großkirche zu bilden, „katholisch“ eingefärbt durch die protestantische Episkopalkirche mit anglikanischen Bischöfen. Diese vage Synthese war etwa der „Kirche von Südin-dien“ von 1947 nachgezeichnet (HK, Mai 1968, 218; April 1970, 154 f.). Daß sie bis heute nicht gelungen ist, ja sogar Blakes eigene Kirche ihm Ende Mai 1972 eine Absage erteilte, ist nicht nur ein Generationsproblem — etwa des Rückgangs des Interesses an der Institutionen-Ökumene beim theologischen Nachwuchs. Es ist auch die Abkehr